

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 30.06.2018

Von Volker Hermsdorf

02.07.2018

Ruinen neoliberaler Politik

Wahlen in Mexiko: Linker Präsidentschaftskandidat López Obrador laut Prognosen vorn. Ende der Dauerkrise nicht zu erwarten



Gummimasken der Präsidentschaftskandidaten auf einem Marktstand in Mexiko-Stadt am Montag. Vieter von links der Linke Andrés Manuel López Obrador

Foto: Ramon Espinosa/AP Photo/dpa

Mit den Präsidentschafts-, Parlaments- und Regionalwahlen an diesem Sonntag steht Mexiko vor einer historischen Zäsur. Den Prognosen zufolge dürfte Andrés Manuel López Obrador von der Mitte-Links-Partei »Bewegung zur nationalen Erneuerung« (Morena)

zum neuen Staatschef gewählt werden. In dem mittelamerikanischen Land reicht dafür die einfache Mehrheit im ersten Wahlgang. Der von seinen Anhängern kurz »AMLO« genannte Politiker liegt in Umfragen derzeit bei rund 50 Prozent und hat 20 Prozent Vorsprung vor den konservativen Mitbewerbern. Nachdem López Obrador bei den Wahlen 2006 und 2012, im Vorfeld derer er in Umfragen ebenfalls vorn lag, durch Stimmenkauf um den Sieg gebracht worden war, könnte der ehemalige Bürgermeister von Mexiko-Stadt es dieses Mal schaffen. 89 Millionen Wahlberechtigte sind zudem aufgerufen, neben dem neuen Präsidenten auch über 3.400 Abgeordnete, Bürgermeister und Gouverneure im ganzen Land zu wählen.

Wer auch immer neuer Staatschef werden sollte, steht vor den Ruinen der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik seiner Vorgänger. Eine konservative Politikerelite hat das Land – gemeinsam mit den Mafiabossen der Drogenkartelle und der korrupten Polizei- und Armeeführung – in jahrzehntelanger Herrschaft systematisch heruntergewirtschaftet. Nach der jüngsten Erhebung des »Nationalrates zur Einschätzung der Politik für soziale Entwicklung« (Coneval) waren im Jahr 2016 knapp 54 der 125 Millionen Mexikaner arm, 9,4 Millionen lebten in extremer Armut. Die restriktive neue Einwanderungspolitik der USA und die von Präsident Donald Trump errichtete Mauer an der Grenze haben die Unterstützung durch emigrierte Familienangehörige zudem drastisch eingeschränkt und die Not vieler Familien weiter verschärft.

Neben Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit sind Gewalt, Repression, Korruption und Morde die größten Probleme der Gesellschaft. Das Innenministerium zählte im Jahr 2017 mehr als 29.000 Tötungsdelikte. Nach Angaben der Behörde wurden allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres über 7.600 weitere Morde verzeichnet. Opfer sind häufig kritische Journalisten, Gewerkschafter, Aktivisten sozialer Bewegungen und Politiker. Wie der Fernsehsender *Telesur* am Mittwoch berichtete, wurden seit Beginn des Bundeswahlkampfes bis Anfang dieser Woche mehr als 500 Angriffe auf Politiker registriert. 132 Kandidaten wurden dabei getötet. Die Täter kommen in 98 Prozent aller Fälle straffrei davon.

Stimmenkauf ist ein weiteres Problem. Die Nichtregierungsorganisation »Bürger gegen die Armut« hat aus 25 der 31 Bundesstaaten Meldungen darüber vorliegen. Ihr Sprecher Alberto Serdán schätzt, dass mindestens fünf bis zehn Prozent der Stimmen für Beträge zwischen 200 und 5.000 Peso (8,50 bis 215 Euro) gekauft sind.

Ob López Obrador als Präsident tatsächlich den Willen und die Macht haben würde, das Land aus der Dauerkrise zu führen, ist offen. Als einige Großkonzerne und

Mittelstandsfirmen für den Fall seines Wahlsieges mit »Konsequenzen« drohten, präsentierte »AMLO« sich Anfang Juni – bei einem Treffen mit dem »Mexikanischen Geschäftsrat« (CMN), dem Verband der größten Konzerne des Landes – als gemäßigter Reformpolitiker. Eine Abkehr von neoliberalen Konzepten ist demnach nicht zu erwarten. Auch die Lösung des Landes aus der Abhängigkeit von den USA dürfte ohne radikalen Bruch mit der bisherigen Politik kaum möglich sein. Washington hat Mexiko nie als souveränen Staat, sondern als Zentrum seines Hinterhofes betrachtet. Da López Obrador zudem – gegen eine zu erwartende rechte Mehrheit im Parlament – nur per Dekret regieren könnte, wäre sein Handlungsspielraum stark eingeschränkt. Das Schicksal der durch einen parlamentarischen Putsch gestürzten brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff würde stets wie ein Damoklesschwert über ihm schweben.

Die seit Jahrzehnten herrschenden Parteien haben Mexiko abgewirtschaftet und sind diskreditiert. Der Morena-Kandidat López Obrador ist für einige nur das kleinere Übel. Dennoch ruhen die Hoffnungen von Millionen armen Mexikanern und den progressiven Kräften in Lateinamerika am Sonntag auf Andrés Manuel López Obrador. Sein Sieg über die »Mafia der Macht«, wie er die neoliberalen und US-hörigen Politiker seines Landes nennt, wäre deshalb ein Zeichen.